

Beschlußempfehlung und Bericht **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 9/2123 —

Beschäftigungshaushalt 1983 bis 1985

A. Problem

Die Prognosen des Sachverständigenrates in seinem Sondergutachten, das Gemeinschaftsgutachten der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die neuesten Vorausschätzungen wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute gehen davon aus, daß weltweit die wirtschaftliche Schwächeperiode weiter andauert und eine baldige konjunkturelle Wende zweifelhaft sei. Dies bedeutet, daß sich die Beschäftigungsprobleme in den nächsten Jahren noch weiter zuspitzen können.

B. Lösung

Um der Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren zu begegnen, soll die Bundesregierung aufgefordert werden, zusätzlich zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1983 einen besonderen Beschäftigungshaushalt 1983 bis 1985 zu berücksichtigen, der sich an den Schwerpunkten Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Verbesserung der beruflichen Qualifikation, Sicherung der Energieversorgung, Verbesserung der natürlichen und sozialen Umwelt, Modernisierung der Volkswirtschaft und einer stärkeren Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausrichten soll. Mit dem Beschäftigungshaushalt soll kurzfristig der weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert und mittelfristig die Beschäftigungslage deutlich verbessert werden. Zentraler Ansatzpunkt dabei soll die Förderung privater und öffentlicher Investitionen sein.

Ablehnung im Ausschuß durch die Mehrheit von CDU/CSU und FDP

C. Alternative

keine

D. Kosten

Für die Finanzierung der genannten Maßnahmen sollen in den Jahren 1983 bis 1985 insgesamt 9,059 Mrd. DM beim Bund und 2,869 Mrd. DM bei den Ländern verfügbar gemacht werden. Wegen der Einzelheiten wird auf den Antrag auf Drucksache 9/2123 verwiesen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD über einen Beschäftigungshaushalt 1983 bis 1985 — Drucksache 9/2123 — abzulehnen.

Bonn, den 8. Dezember 1982

Der Haushaltsausschuß

Esters

Carstens (Emstek)

Wieczorek (Duisburg)

Hoppe

Vorsitzender

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Carstens (Emstek), Wieczorek (Duisburg) und Hoppe

I.

Der Antrag in der Drucksache 9/2123 ist in der 131. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. November 1982 beraten worden und nach einer Aussprache dem Haushaltsausschuß federführend und dem Finanzausschuß, dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuß für Verkehr, dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft mitberatend überwiesen worden.

Der Ausschuß für Wirtschaft, der Finanzausschuß und der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung haben den Antrag in ihren Sitzungen am 1. Dezember, 2. Dezember bzw. 8. Dezember 1982 beraten und den Antrag mehrheitlich abgelehnt. Ebenso haben der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und der Ausschuß für Verkehr den Antrag am 8. Dezember 1982 behandelt. In beiden Ausschüssen wurde der Antrag ebenfalls mit Mehrheit abgelehnt. Jedoch stellte der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zu Punkt C.3. des Antrags mit Mehrheit fest, daß die Förderung des Bergarbeiter-Wohnungsbaus aus seiner Sicht einen wichtigen und förderungswürdigen Bestandteil der Wohnungsbau- und Energiepolitik darstellt.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat sich mit den seinen Geschäftsbereich betreffenden Vorschlägen im Antrag der SPD im Rahmen seiner Beratungen zum Einzelplan 31 für das Haushaltsjahr 1983 befaßt. Dabei wurden die Anträge der SPD, den Ansatz für die Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher um weitere 56 Mio. DM zu erhöhen, einen neuen Titel für ein Sonderprogramm zur Nutzung von Ausbildungsstätten durch Dritte einzusetzen und einen weiteren neuen Titel für Zuschüsse des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zu den Kosten zusätzlicher Ausbildungsplätze in anderen Ressorts der Bundesregierung bzw. in nachgeordneten Verwaltungen einzusetzen, mit den Stimmen der Mehrheit abgelehnt. CDU/CSU und FDP halten die bei der Beschlußfassung über Artikel 15 des Haushaltsbegleitgesetzes formulierten bildungspolitischen Prioritäten für zweckmäßiger im Hinblick auf die Ausbildungsplatzprobleme in allen Bereichen des Bildungswesens.

Der Haushaltsausschuß hat den Antrag im Zusammenhang mit der abschließenden Beratung des Bundeshaushaltsplans 1983 in seiner Sitzung am 8. Dezember 1982 behandelt. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

II.

Bei der Beratung im Haushaltsausschuß wiederholten die Ausschußmitglieder der SPD die bereits in

der Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages am 26. November 1982 vorgebrachten Gründe für dieses Programm. Insbesondere könne die von der Bundesregierung praktizierte angebotsorientierte Politik nicht erfolgreich sein, weil das entscheidende Hemmnis auf dem Weg zur wirtschaftlichen Belebung derzeit die dramatisch zugespitzte Nachfragesituation sei. Der Beschäftigungshaushalt sei ein Angebot der Opposition an die Bundesregierung zum gemeinsamen Handeln. Die Fraktion der SPD hatte dazu dem Ausschuß in einem weiteren Antrag vorgeschlagen, die Umsetzung der im Beschäftigungshaushalt 1983 bis 1985 vorgesehenen Maßnahmen für das Haushaltsjahr 1983 und die notwendige Anpassung der Finanzplanung bis 1986 vorzusehen und fügte ihrem Antrag Deckblätter für die verschiedenen Einzelpläne bei.

Das Volumen des Haushalts sollte allein 1983 in Höhe von 1 357 500 000 DM verändert werden, wobei an zusätzlichen Ausgaben auf den Bereich

des Bundesministers der Finanzen	150 000 000 DM,
des Bundesministers für Wirtschaft	25 000 000 DM,
des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	385 000 000 DM,
des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	15 000 000 DM,
des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	286 500 000 DM,
des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	116 000 000 DM und
beim Haushalt der Allge- meinen Finanzverwaltung	380 000 000 DM

eingesetzt werden sollten. Auf der Einnahmenseite hätte sich saldiert ebenfalls der Betrag von 1 357 500 000 DM ergeben.

Die SPD machte deutlich, daß sie die Ursachen für die Krise, insbesondere die hohe Zahl der Arbeitslosen, sowohl im konjunkturellen als auch im strukturellen Bereich sehe. Dieser Problemstellung werde der vorgelegte Beschäftigungshaushalt gerecht; er gebe konjunkturelle Anstöße und trage gleichzeitig zur Bewältigung der strukturellen Probleme bei.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP im Ausschuß, die mit ihren Stimmen den Antrag der SPD ablehnten, bezogen sich ebenfalls auf die Beratung im Plenum des Deutschen Bundestages am 26. November 1982 und führten insbesondere als Begründung für ihre Haltung an, daß die vorgesehene Art der Finanzierung eine zusätzliche Belastung der Bevölkerung herbeiführen werde. Der

Vorschlag der SPD-Fraktion sei anders nicht zu finanzieren und würde deshalb abgelehnt. Die CDU/CSU und FDP machten deutlich, daß die durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 in den Drucksachen 9/2074 und 9/2140 zu treffenden Maßnahmen verwirklicht werden sollen und daß dadurch die Zielvorstellungen des Antrags der Fraktion der SPD viel deutlicher erreicht würden.

Bonn, den 8. Dezember 1982

Carstens (Emstek)

Wieczorek (Duisburg)

Hoppe

Berichterstatter

